

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1970
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Niedersachsen

„Praktische Politik für Niedersachsen“

(Beschlossen am 1. Mai 1970)

Praktische Politik
für Niedersachsen

Das Programm der

F.D.P.

Beschlossen am 1. Mai 1970 vom Landesverband der F.D.P. Niedersachsen

Verantwortlich für den Inhalt: F. D. P.-Landesverband Niedersachsen

Die große Koalition zwischen SPD und CDU in Niedersachsen ist tot. SPD und CDU behaupteten seit 1967, nur diese Koalition sei in der Lage, die großen Aufgaben des Landes zu lösen, vor allem Schulreform, Hochschulreform, Verwaltungs- und Gebietsreform. Trotz erdrückender Mehrheit im Parlament blieben diese Reformen im Ansatz stecken, denn SPD und CDU haben sich immer wieder gegenseitig am Handeln gehindert. Nach der längsten Regierungskrise in einem Land der Bundesrepublik kam es zum Bankrott dieser Koalition. Sie hat nicht einmal die Kraft zum Rücktritt aufgebracht. Jetzt muß vorzeitig gewählt werden. Die F. D. P.-Entscheidung für Neuwahlen erzwingt das Ende des Pokerspiels von SPD und CDU und setzt der Manipulation und Verfälschung des Wählerwillens ein Ende. Nur eine starke F. D. P. garantiert die Überwindung des Stillstandes in der Niedersächsischen Landespolitik.

Wir Niedersachsen haben einen Anspruch auf *gleiche Entwicklungsmöglichkeiten* wie die Bürger der anderen Bundesländer. Durch den überhöhten Föderalismus, den die F. D. P. immer bekämpft hat, ist Niedersachsen als »armes Land« besonders benachteiligt. Der neue Landtag und die neue Landesregierung müssen die Folgen des Länderegoismus überwinden. Die Finanzschwäche des Landes wirkt sich besonders nachteilig im Bildungswesen aus. Deshalb verlangt die F. D. P. für Bildungs-, Wirtschafts- und Strukturpolitik absoluten Vorrang.

Bildungspolitik

Während der fünfjährigen Regierungszeit von SPD und CDU hat sich die Lage an unseren Schulen und Hochschulen von Jahr zu Jahr verschlechtert. Lehrern, Schülern und Eltern helfen deshalb jetzt keine hochfliegenden Pläne und Reformmodelle. Alle Kräfte müssen heute auf die Beseitigung der akuten Notstände konzentriert werden.

Die F. D. P. fordert deshalb:

Sofortmaßnahmen zur Behebung des Lehrermangels

- Neue Studienplätze
- Personelle Verstärkung der Ausbildungskapazität an den Hochschulen (für 1970 setzte die F. D. P. bereits 56 neue Stellen für die pädagogische Hochschule Niedersachsen durch)
- Freistellung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben
- Entrümpelung, Straffung und Neugestaltung der Unterrichtspläne

Sofortmaßnahmen zum Abbau des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land

- Einrichtung von Schulzentren in allen Landesteilen
- Gleichmäßige Versorgung aller Landesteile mit Lehrern
- Schülertransportsystem für Schüler aller Schularten mit voller Übernahme der Kosten durch die Öffentliche Hand

Sofortmaßnahmen gegen die Zulassungsbeschränkungen an unseren Hochschulen (numeris clausus)

- Ausführung des von der neuen Bundesregierung beschlossenen Schnellbauprogramms ohne bürokratische Hemmnisse

- Reformen der Lehrkörperstruktur
- Vermehrung der Personalstellen an den Hochschulen
- Entrümpelung, Straffung und Neugestaltung der Studiengänge

Seit Jahren werden Schulen falsch oder am falschen Platz gebaut. Die F. D. P. fordert, daß keine öffentlichen Mittel für Schulbauten mehr gegeben werden ohne *staatliche Schulbauberatung*.

Ohne die F. D. P. gäbe es in Niedersachsen noch immer kein *Elternschaftsgesetz*. CDU und SPD haben dieses Gesetz jahrelang verschleppt. Die F. D. P. fordert die Verbesserung des verabschiedeten Elternschaftsgesetzes. Insbesondere müssen die Mitspracherechte der Landeselternvertretung verstärkt werden. Ebenso fordert die F. D. P. den Ausbau der Schülermitverwaltung.

Ohne das ständige Drängen der F. D. P. gäbe es auch noch kein *Erwachsenenbildungs-Gesetz*. Anträge der F. D. P. zu Telekollegs und Fernstudien wurden vom Landtag angenommen, ohne daß bisher etwas Wirksames geschehen ist.

Die F. D. P. fordert, endlich ausreichende Voraussetzungen zu schaffen, die es Frauen — auch nach langjähriger Berufsunterbrechung — ermöglichen, in einen Beruf zurückzufinden. Dazu gehört eine *drastische Erhöhung der Kindergartenplätze* wie auch eine Vermehrung von Halbtagsstellen im Öffentlichen Dienst.

Die F. D. P. fordert eine *Verbesserung der Lehrlingsausbildung*. Zusätzlich zur betrieblichen Ausbildung in Handwerk, Industrie und Handel sind dabei überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen (z. B. Lehrwerkstätten) zu fördern.

Die F. D. P. ist als erste Partei für eine Universität in Oldenburg eingetreten. Sie fordert weitere Universitäten in Osnabrück und Lüneburg. Schon 1966 hat die F. D. P. einen *Hochschulgesamtplan für Niedersachsen* gefordert, der mit den benachbarten Bundesländern abgestimmt sein muß. Erst nach 4 Jahren hat die CDU/SPD-Regierung diesen Anstoß aufgegriffen. Die F. D. P. fordert den Ausbau der Akademien des Landes zu Fachhochschulen. Die Studiengänge von Fachhochschulen und Universitäten sind aufeinander abzustimmen.

Die drängenden Aufgaben der *Schul- und Hochschulreform* kann das finanzschwache Niedersachsen nicht ohne Hilfe des Bundes bewältigen. Die finanzielle Hilfe des Bundes ist abhängig davon, daß der Bund für diese Bereiche Zuständigkeiten erhält. Die F. D. P. fordert eine Zuständigkeit des Bundes (Rahmenkompetenz) für das gesamte Bildungswesen. Dafür muß das Land Niedersachsen im Bundesrat kämpfen.

Wirtschafts- und Strukturpolitik

Mit Beginn der Koalition von SPD und CDU 1965 wurden die Mittel für wirtschaftsfördernde und strukturpolitische Maßnahmen drastisch gekürzt. Niedersachsen ist seitdem an das Ende der Tabelle aller Bundesländer geraten. Der von der SPD/CDU-Regierung vorgelegte Landesentwicklungsplan ist nur ein Wunschzettel ohne Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten und damit ohne praktischen Wert. Das Streuen der Mittel

nach dem Gießkannen-Prinzip hat sich als unergiebig erwiesen. Die F. D. P. will Entwicklungsschwerpunkte. Dabei sollen aber leistungsfähige Betriebe aller Größenordnungen gefördert werden, nicht nur Großkonzerne.

Die F. D. P. verlangt eine zielgerichtete *Wirtschafts- und Strukturpolitik*, deren Förderungsmaßnahmen die Verkehrs- und Energiepolitik, aber auch sozial- und bildungspolitische Maßnahmen einbeziehen. SPD und CDU haben darüber jahrelang nur geredet. Die strukturpolitischen Maßnahmen erfordern eine rechtzeitige Kooperation mit den benachbarten Bundesländern. Die F. D. P. will dem Wirrwarr der Zuständigkeiten für die Strukturpolitik ein Ende machen.

Niedersachsen ist ein landschaftlich ideales Fremdenverkehrsgebiet. Die SPD/CDU-Regierung hat dennoch die *Förderung des Fremdenverkehrs* sträflich vernachlässigt. Sie hat z. B. für die Fremdenverkehrswerbung 1969 nur ein Drittel dessen aufgewendet, was das nahezu viermal kleinere Schleswig-Holstein ausgegeben hat. Die F. D. P. fordert, daß schnellstens ein Förderungsprogramm für den Fremdenverkehr aufgestellt wird, damit gezielt diese Chance zur Behebung strukturpolitischer Schwächen genutzt werden kann. Die F. D. P. hat mit ihrer parlamentarischen Initiative zur Förderung der Naherholungsgebiete einen ersten Anstoß gegeben.

Die F. D. P. hat im Landtag — insbesondere zur Vereinfachung des Steuerwesens — die *Aufhebung der Bagatellsteuern* (Getränksteuer, Schankerlaubnissteuer, Vergnügungssteuer, Jagdpachtsteuer, Feuerschutzsteuer) gefordert.

Agrarpolitik

Die Landwirtschaft befindet sich nach 20jähriger CDU-Agrarpolitik in schwierigster Lage. Leitbild der F. D. P.-Agrarpolitik ist unter Ausnutzung des technischen Fortschritts die *Förderung bäuerlicher Familienbetriebe* und die *Bewältigung des Strukturwandels* mit seinen Folgen. Notwendig sind angemessene Verdienstmöglichkeiten und soziale Sicherheit für die in der Landwirtschaft Bleibenden und die aus der Landwirtschaft Ausscheidenden.

In der EWG sind Erzeugerpreissenkungen kein geeignetes Mittel. Minister Ertl setzt sich deshalb für eine *aktive Erzeuger-Preispolitik* ein, die sich am Wachstum der übrigen Wirtschaft orientiert und den Verbraucher nicht unzumutbar belastet.

Die F. D. P. wird ein mittelfristiges Förderungsprogramm, zu dem alle Betriebe Zugang haben, sowie ein Programm zum Abbau des sozialen Gefälles zwischen Landwirtschaft und nicht landwirtschaftlichen Bereichen vorlegen.

Dazu gehört u. a.:

- *Die Verbesserung der Landabgaberechte,*
- *die stufenweise Erhöhung des Altersgeldes und*
- *Kranken-Versicherungsschutz für die in der Landwirtschaft Tätigen.*

Die Agrarstrukturpolitik wird Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und Ländern. Die Maßnahmen des *Küstenschutzes* sind allein in den Zuständigkeitsbereich des Bundes zu legen.

Die Vorschläge für die Rahmenplanung müssen vom Lande Niedersachsen — entgegen den bisherigen Gepflogenheiten — dem echten Bedarf angepaßt werden, damit der niedersächsischen Landwirtschaft in den benachteiligten Gebieten der Anschluß an die allgemeine Entwicklung ermöglicht wird.

In Niedersachsen kommt der *Wasserwirtschaft* besondere Bedeutung zu. Das Land hat von den Wasser- und Bodenverbänden die Unterhaltungskosten bis zu 50% zu übernehmen. Die Berechnung der tragbaren Belastung für diese Verbände muß den veränderten Preis-Kostenverhältnissen angepaßt werden.

Die *Binnenlandwasserpläne* sind neben anderen Plänen gleichrangig zu fördern. Das Problem des Landauffangs muß geregelt werden. Die Mittel aus dem Domänengrundstock sind nicht zweckentfremdet, sondern unter anderem dafür zu verwenden.

Die gewerbliche *Veredelungswirtschaft* ist zur Nahrungssicherung in Krisenzeiten wegen fehlender Rohstoffbasis und zur Erhaltung der Kulturlandschaft nicht geeignet. Insofern ist auf EWG-Basis die flächenbezogene bäuerliche Veredelungswirtschaft vor der gewerblich-industriellen Tierproduktion wirkungsvoll zu schützen und zu fördern.

Die *Agrarstrukturpolitik* muß in nationaler Zuständigkeit verbleiben. Sie bedarf der Ergänzung durch bildungs-, sozial- und regionale Wirtschaftspolitik, um die Entvölkerung ländlicher Gebiete im Zuge des landwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses zu verhindern.

Rechtsstaat und Verfassung

Die Stellung des Parlaments muß so gestärkt werden, daß eine wirksame Kontrolle der Bürokratie gewährleistet ist und die Rechte des Bürgers von der Volksvertretung wirksam wahrgenommen werden können.

Die Beratung der von der F. D. P. 1968 eingebrachten Gesetzesvorlage zur *Herabsetzung des Wahlalters* von 21 auf 18 Jahre wurde 16 Monate lang von SPD und CDU in den Ausschüssen verhindert. Schließlich konnten SPD und CDU sich nicht länger dem Drängen von F. D. P. und öffentlicher Meinung entziehen. Es ist die F. D. P., die volle Mitwirkungsrechte für den jungen Staatsbürger erkämpft hat.

Die F. D. P. hat wichtige Schritte auf dem Weg zu einem *Rechtspflegeministerium*, als Zusammenfassung aller Gerichtsbarkeiten, in Niedersachsen parlamentarisch durchgesetzt (Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit).

Die F. D. P. hat sich erfolgreich bemüht, die Rechtspflege als dritte Gewalt aus ihrer Aschenputtel-Rolle zu befreien. Gesetzesvorlagen und Anträge der F. D. P. dienen der Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz. Die bisherige schleppende Abwicklung von Prozessen kommt einer Rechtsverweigerung gleich.

Deshalb fordert die F. D. P. bessere Arbeitsbedingungen für die Gerichte. Der Bürger muß schneller zu seinem Recht kommen. Die *Kriminalität* muß zum Schutz des Bürgers besser bekämpft werden. Dazu fordert die F. D. P. die bestmögliche Ausstattung der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaften.

Der moderne Strafvollzug muß die Wiedereingliederung der Straftäter in die Gesellschaft erreichen und so zugleich den Schutz der Gesellschaft vor kriminellem Unrecht verbessern.

Verwaltungs- und Gebietsreform

SPD und CDU haben der Bevölkerung Niedersachsens vorgespiegelt, daß nur eine »Große Koalition« in der Lage sei, die Verwaltungs- und Gebietsreform anzupacken und durchzuführen. Aber alle ihre Versuche endeten in einem kläglichen Fiasko. SPD und CDU wagten nicht, die Vorschläge der von ihrer Regierung berufenen Sachverständigenkommission zu verwirklichen. Der »Kronsberger Kreis« bastelte einen faulen Kompromiß, den seine Urheber heute verleugnen. Die F.D.P. war daran nicht beteiligt. In allen Ländern, in denen die F. D. P. Regierungspartei ist, wurde eine sinnvolle Verwaltungs- und Gebietsreform vorangetrieben und verwirklicht.

Die F. D. P.-Landtagsfraktion hat schon 1967 in ihren 10 Thesen zur Verwaltungs- und Gebietsreform u. a. gefordert:

- *Bürgernahe Verwaltung*
- *Beginn der Reform auf Gemeindeebene*
- *Drastische Verlagerung von Verwaltungsaufgaben von oben nach unten*

Sie bleibt dabei. Eine Verwaltungs- und Gebietsreform darf nicht an den Ländergrenzen halt machen. Die F. D. P. fordert deshalb auch für Norddeutschland die Neugliederung der Länder, um so zu einem leistungsfähigen Bundesland zu gelangen.

In Niedersachsen hat sich erstmalig in der Bundesrepublik ein Parlament vorzeitig aufgelöst. Die SPD/CDU-Mehrheit von über 80 % hat sich als regierungsunfähig erwiesen. Nach fünf Jahren »Großer Koalition« in Niedersachsen ist deutlich, daß diese Koalition die schlechteste war, die Niedersachsen je hatte. Keine der Reformen, die immer wieder lautstark angekündigt wurden, ist vorangekommen. Durch manipulierte Übertritte von Abgeordneten wurde der Wählerwille verfälscht. Die F. D. P. verurteilt eindeutig alle Methoden der Abwerbung. Sie hat durch ihre Entscheidung für Neuwahlen deutlich gemacht, daß sie dieses Spiel auf Kosten des Wählers nicht mitspielt. SPD und CDU haben sich gerade in den wichtigen Fragen gegenseitig blockiert zum Schaden des Landes Niedersachsen und seiner Bürger. Niedersachsen hat Anspruch auf eine ideenreiche und aktive Regierung und ein leistungsfähiges Parlament. Die F. D. P. hat das beste praktische Programm für die Niedersächsische Politik. Die F. D. P. hat die Mannschaft, dieses Programm durchzusetzen.

wer nachdenkt
wählt jetzt

F.D.P.

D1- 4413